

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bauen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten. Beilagen: Bilderwoche, Jugend u. Deutschland, Mode vom Tage, Frau und Heim, Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May & Co. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. **Bezugspreis** für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbmöndlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabend- und Sonntagsnummer 15 Pfg.) — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsverleger u. die Geschäftsstelle nehmen Bestellungen entgegen

Postfach-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindeverbandskassenkonto Bischofswerda** Nr. 84. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlegerbetriebe — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vierterung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 43 mm breite einseitige Grundzeile 25 Pfg., übrige Anzeigen 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile (im Textteil) 70 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Rabatt nach Tarif. — Für Sammelanzeigen tarifmäßigen Aufschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 252

Donnerstag, den 28. Oktober 1926.

81. Jahrgang

Tageschau.

- Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft geben Leitfäden zum kommenden Finanzausgleich bekannt.
- Der Reichspostminister erklärte, daß eine Zurücknahme der Fribricusmarkte nicht erfolgen werde.
- Gegen die unberechtigte Ausweitung von zwei Deutschen aus dem polnischen Gebiet in Oberschlesien nimmt die Reichsregierung in einer Bescherdenote an Polen Stellung.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Der Bürger schläft!

Von Oberregierungsrat Dr. G. W.

Der deutsche Bürger als staatshaltendes Element war vor dem Umsturz nicht gewohnt, im politischen Leben eine besondere Aktivität zu entwickeln. Er genügte gern seiner Wehrpflicht, zahlte seine Steuern, ging in weiten Zwischenräumen einmal zur Wahlurne und gab dann und wann vaterländischen Kundgebungen freudig durch seine Teilnahme Schwung und Nachdruck.

Jetzt nach dem Umsturz ist es anders geworden. Das Emporkommen der Massen, die die Revolution gemacht oder wenigstens mitgemacht haben, muß ihn als Mitbestimmenden und Gestaltenden auf den Plan rufen, wenn anders es nicht dazu kommen soll, daß sich das staatliche Leben in den von den Revolutionären von einst gewollten Bahnen fortentwickeln, daß letzten Endes mit den Interessen des Bürgertums Fangball gespielt wird. Diese durch die Zeit gebotene Umstellung, die Umwandlung der bürgerlichen Passivität in eine bürgerliche Aktivität, hat sich bislang noch sehr wenig und ganz selten den breiten Schichten unseres Volkes, die eigentliche Träger unseres gesicherten Fortbestandes sind und den eigentlichen vaterländischen Opferwillen in sich verkörpern, mitgeteilt. Nur selten in der nachrevolutionären Zeit gestattete der Bürger einem alles fortreißenden Impulse, ihn aus der Tiefe pessimistischer Niedergeschlagenheit emporzuheben und zu tatkräftigem Widerstand zu bewegen. Zuletzt geschah das zur Hindenburgwahl. Seitdem sind die breiten stützenden und befruchtenden Schichten wieder in den leider gewohnten Zustand einer alles hinnehmenden Teilnahmslosigkeit zurückgesunken. Mit der Wahl glaubte man genug getan zu haben und die Hände in den Schoß legen zu dürfen, da Hindenburg, der treue Eckehard, schon für alles Weitere sorgen werde. Der Gedanke, daß das hohe Amt ihres Erwählten nun ihre Mittätigkeit erst recht erfordern würde, dämmerte nur den wenigsten. Was hätte werden können, wenn die Riesenfurchen der Hindenburgwähler den Erfolg des Augenblicks richtig gesehnt und sich zu einer festgesetzten Schicksalsverbundenheit zusammengeschlossen hätte. Nichts wert ist die Truppe, die zwar den Sturmangriff in den Feind trägt, dann aber in der gewonnenen Stellung einschläft oder auseinanderläuft, so daß der Feind mühelos im Gegenstoß alles wieder in Besitz nehmen kann. Und diese verantwortungslose Sorglosigkeit glaubt man sich gegenüber den in langjähriger Opposition geschulten musterhaftig parteilastisch organisierten Truppen des Marxismus und der ihm gefestigten Verwandten Mitläufer aus dem Bürgertum leisten zu können?

Es scheint eine erbliche Schicksalsbelastung des deutschen Volkes zu sein, daß die tragenden und gestaltenden Schichten des deutschen Volkstums sich nur ganz selten ihrer Verantwortung bewußt werden und ihre geschlossene geeinte Masse zur entscheidenden Geltung bringen. Das waren aber dann immer Höhepunkte deutschen Lebens und deutscher Geschichte. Bald verankert alles wieder in unheilvollen Dornröschen schlief und wartete des Erwäckers. Und noch ein anderes allbekanntes unheiliges Grundübel des deutschen Charakters lähmt und zerstört, wo ein leiser Anflug zur Bewundung sich schäufert: die deutsche Uneinigkeit und Zerissenheit. Als Schicksalsbeschwerden des Erbteils ist sie längst viel geschmäht und gebrandmarkt. Aber je sinnvoller sich diese unheilige Erscheinung jedem auch nur halbwegs vernunftbegabten Zeitgenossen lebenden Auges offenbart, um so weniger erblickt, sie zu bannen. Ueberall Rörgelucht und Eigendünkel, Führereifer und Quertreiberei. Lepidisch schieben neue Gruppen und Grüppchen irgendeiner Wirtschaftsrichtung oder Geistesverbundenheit aus dem Boden des Mißbehagens und der Verdrossenheit empor. Nicht für möglich gehaltene Spaltungen treten nicht nur in Erscheinung, sondern werden durch die Entwicklung noch weit übertroffen. Jeder vernünftige Mensch muß sich sagen,

daß 8 Parteien mit mathematischer Zwangsläufigkeit weniger Kandidaten durchbringen können als nur 4 Parteien, wenn für die 8 wie für die 4 Parteien die gleiche Anzahl der Stimmen abgegeben wird. Will man in Sachsen daher eine bürgerliche Mehrheit erzielen oder auch nur den bisherigen Besitzstand aufrechterhalten, so kann man das nur, wenn man das Hinzutreten von Splitterparteien vermeidet. Jede weitere Partei, die zu den bisherigen hinzutritt, vermehrt mit rechnerischer Gewißheit die Zahl der bürgerlichen Stimmen um viele Tausende, die bei der geltenden Berechnungsweise bei der Mandatsverteilung ungewertet bleiben. So kann es durch die Parteizersplitterung dazu kommen, daß, obwohl 40- bis 50 000 bürgerliche Stimmen mehr als marxistische abgegeben sind, keine bürgerliche Mehrheit, sondern sogar eine Minderheit aus der Wahl hervorgeht. Engstirnige Sonderinteressen, Richtumpolitiker haben wieder einmal den Ausschlag gegeben und werden es als Hauptschuldige zu verantworten haben, wenn die Zusammenlegung des kommenden Landtages den bürgerlichen Belangen weniger günstig sein sollte wie bisher.

Weite Kreise werden sich durch dieses widerliche Schauspiel verbitterter Parteizerrissenheit abgestoßen fühlen und sich sagen, angesichts dieser alle Regeln politischen Denkens mißachtenden Parteiverrätnisse bleibe man zu Hause und lasse die Dinge so gehen, wie es einmal nicht mehr zu ändern sei. Aber gerade der Nichtwähler aus Verdrossenheit — ebenso verwerflich natürlich wie der Nichtwähler aus Interessellosigkeit und Trägheit — bekundet damit einen womöglich noch größeren Tiefstand politischer Einsicht. Je mehr es gerade infolge der Zersplitterung auf jede einzelne bürgerliche Stimme ankommt, umso notwendiger ist der Gang zur Wahlurne. Jegliches grobdeutliche Arbeitsstehen aus Verärgerung muß bei jedem vaterländisch denkenden Staatsbürger als Verbrechen gegen das Wohl des Landes ausgeschieden, denn es kann nur helfen, die Zeiten noch zu verschlimmern. Andere mögen sagen: Bei uns in Sachsen ist es letztlich ganz ordentlich und ausgeglichen gegangen, es mag daher ruhig so bleiben, was braucht man hierzu meine Stimme! Die Antwort ist eine Folge des Zeitablaufs des bisherigen Landtages. Auch nur eine einzige Stimme kann entscheiden, wohin sich künftig die Waage neigt. Und neigt sie sich einmal auf die eine Seite, so verschieben sich auch die anderen Parteien um ein Gewisses in der Richtung des Ausschlages, auch in ihrer inneren Tendenz. Die Gefahr, daß wir wieder Zustände wie in dem Sommerfächeln der Zeigerzeit bekommen, ist daher trotz der Zersplitterung der Antisozialisten ungeheuer groß. Denn, geht die Verchiebung nach links, dann werden sich diese schon aus agitatorischen Gründen dem Wiederaufbau einer rein proletarisch gerichteten Klassenregierung nicht verweigern können. Und wohin die Fahrt dann geht, dürfte dem, der die Zeichen der letzten Zeit auch nur halbwegs zu lesen verstanden hat, nicht unklar sein. Der frivol ausgelegene Fürsteneignungsrummel, dessen Unsinnigkeit jetzt jeder einsieht, und das in kurzen Zwischenräumen schrill erklingende Geschmetter der republikanischen Kapitalgänse, die einmal in der Auslandsflage, dann wieder in der Reichsmehr, dann wieder in der Fribricusbrismarkte einen Versuch zum Sturze der Verfassung entdeckt zu haben glauben, zeigen die wackere Geselgschaft derjenigen, Marxisten und Bolschewisten und ihrer stets bereiten Nachbeter auf der bürgerlichen Linken, daß es keine Ungeheuerlichkeit gibt, die nicht unversehens aus heiterem Himmel über uns kommen könnte. Auch bei uns in Sachsen, nicht nur im Reich!

Schließlich sagen wieder andere, die große Politik und die Gesehe werden in Berlin gemacht, die Belange des Landes Sachsen sind demgegenüber so nebensächlich, daß sie nicht den Gang zur Wahlurne lohnen. Einmal sind die Belange unseres engeren Vaterlandes gerade weitreichend genug, um zu rechtfertigen, daß sich jeder um sie kümmert. Die Fortsetzung der Höhe einer Anzahl Steuern, die dem einzelnen recht fühlbar werden kann, und die Kindererziehung beispielsweise bilden allein schon nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Aufgabekreis, der der sächsischen Selbstbestimmung vorbehalten ist. Aber auch die Rücksicht dürfte bei einem auch nur halbwegs logisch denkenden Menschen den Gedanken unmöglich machen, der Ausgang der sächsischen Wahlen sei gänzlich ohne Rückwirkung auf die Berliner Politik. Man wird ohne weiteres den Ausfall der sächsischen Wahlen als Stimmungsbaremeter für das ganze Reich auswerten, ob mit oder ohne Berechtigung, kann dahingestellt bleiben. Kommt es bei den Wahlen zu einem Rückschlag für die Bürgerlichen, dann werden, weil sie Morgenluft wittern, die nichtvaterländischen Parteien im Reichstag über Nacht mit neuen längst ausgeflügelt

Wünschen und Anwürfen vor die Öffentlichkeit treten. Kränkelnde Verstrickungen und Erschütterungen bis zum äußersten können die Folge sein. Denn es gibt keine noch so belanglose Lappalie, daß sich nicht aus ihr mit Hilfe des wohlgeleiteten Apparates der demagogischen Hegegemeinschaft eine Haupt- und Staatsaktion konstruieren ließe, die an das Gefüge des Reiches greift. Die Reichsmehr in ihrer vaterländischen Hingabe und in ihrer parteilosen Sachlichkeit ist allen denen schon lange ein Dorn im Auge, denen die Meuterer vom 9. November 1918 einen Gefallen getan hatten. Diese Reichsmehr, die vom Auslande als die besttrainierte Truppe eingeschätzt und bewundert wird, die letzten Endes die feste Gewähr einer ruhigen durch Luftstände ungeführten Entwicklung bildet und sich in dieser Richtung voll bewährt hat, soll zu einem unmilitärischen Tummelplatz parteipolitischer Zerissenheit herabgemindert werden. Das sind die nächsten sich bereits jetzt offen entrollenden Ziele der Parteien, die „kein Vaterland kennen, das Deutschland heißt und ihrer weit verbreiteten Mitläuferschaft.

Dieses alles, Unruhe, Krisen, und als natürliche Folge wirtschaftliche Nöte und Erschütterungen gen hilft der abwenden, der am kommenden Sonntag in Sachsen seine Stimme einer der größeren bürgerlichen Parteien gibt — seiner Splitterpartei! — die sich bisher in vaterländischen Dingen, stets zuverlässig gezeigt haben. Wer anders wählt, schädigt nicht nur seine eigenen Interessen, und vergeht sich auch nicht nur am Wohl des sächsischen Vaterlandes, sondern auch des Reiches.

Die Spitzenverbände der Wirtschaft zum Finanzausgleich.

Berlin, 26. Oktober. (Draht.) Die wirtschaftlichen Spitzenverbände: Der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der Deutsche Industrie- und Handelsstag, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, der Reichsverband der Deutschen Industrie und der Zentralverband des Deutschen Großhandels haben heute vor der Presse ihre Stellungnahme zum Finanzausgleich bekannt. Nach einleitenden Worten des ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Fromme gab der Direktor Dr. Hausmann einige Ergänzungen zu den von den Spitzenverbänden aufgestellten Leitfäden zum Finanzausgleich. Angesichts der außerordentlichen Bedeutung des Finanzausgleiches für die Wirtschaft haben die Spitzenverbände zwei Gutachten eingeholt, wie im Interesse der Wirtschaft der Finanzausgleich zu einer Herabminderung und Vereinfachung der Steuern führen könne. Das erste dieser Gutachten ist von dem Senatspräsidenten am Reichsfinanzhof Dr. Enno Becker-München, dem Schöpfer der Reichsabgabenordnung verfaßt, das zweite haben die Spitzenverbände selbst in folgenden allgemeinen Leitfäden ihrer Forderungen und die Grundgedanken zusammengestellt, die nach ihrer Ansicht für die künftige Gestaltung des Finanzausgleiches maßgebend sein müssen:

Die Wirtschaft bedarf dringend einer Erleichterung des auf dem gewerblichen Einkommen und Vermögen lastenden Steuerdrucks, besonders in der Einkommen- und Gewerbesteuer. Von der Minderung der Steuerlast hängt das wirtschaftliche Wiederaufkommen wesentlich ab. Nur durch zweckmäßige Gestaltung des Finanzausgleiches sind Steuererleichterungen für die Wirtschaft möglich. Dies muß geschehen durch Einschränkung der öffentlichen Ausgaben, eine gerechte Lebenslastenverteilung und Rationalisierung des gesamten Steuersystems. Die durch die Vielheit der Steuern und die Zersplitterung des Steuersystems hervorgerufene Ueberlastung der Wirtschaft kann nur durch eine durchgreifende Vereinfachung des Steueraufbaues und Schaffung fester Relationen zwischen den einzelnen Steuerarten abgebaut werden, wozu es einer Zusammenfassung der Gewerbesteuererhebung in einem Reichstammengesetz bedarf. An Stelle der Vielheit der Steuerbehörden von Reich, Ländern und Gemeinden müssen einheitliche zusammengefaßte Behörden unter Mitarbeit der Länder und Gemeinden treten. Es bedarf eingehender Prüfung, ob und in welcher Form das für die Länder und Gemeinden in Aussicht genommene selbständige Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer in den endgültigen Finanzausgleich aufgenommen werden kann. Es muß die Gewähr bestehen, daß derartige Zuschläge nicht über eine vernünftige Gesamtbelastung der Wirtschaft hinausgehen. Der Gedanke der Selbstverantwortung bei der Zuschlagserhebung kann sich nur auswirken, wenn diejenigen, die in den Gemeinden über die Steuern zu beschließen haben, auch unmittelbar von einer Erhöhung dieser Steuern mit betroffen wer-